

# Abschaffung von Studien- gebühren

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses  
für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des  
Landes Nordrhein-Westfalen am 26. November 2010

**HIS:Stellungnahme**

November 2010

Rückfragen bitte an

Dr. Michael Leszczensky  
Tel. (0511)1220 258  
E-Mail: leszczensky@his.de

Dr. Michael Jaeger  
Tel. (0511) 12 20 377  
E-Mail: m.jaeger@his.de

Dr. Christoph Heine  
Tel.: (05 11) 12 20 257  
E-Mail: heine@his.de

HIS-Institut für Hochschulforschung  
Goseriede 9 | 30159 Hannover | [www.his.de](http://www.his.de)  
November 2010

## Inhaltsverzeichnis

1.	Anlass und Inhalt der vorliegenden Stellungnahme .....	1
2.	Auswirkungen von Studiengebühren auf das Übergangsverhalten von Studienberechtigten.....	2
2.1.	Soziale Selektivität im Hochschulzugang .....	2
2.2.	Entwicklung der Studienanfängerzahlen seit 2003 .....	4
2.3.	Bedeutung finanzieller Gründe für Studienverzicht .....	7
2.4.	Studiengebühren als unmittelbarer Verzichtgrund .....	10
3.	Qualitätsverbesserung und Mittelgarantie .....	12
3.1.	Erreichte Qualitätsverbesserungen durch die Einführung von Studiengebühren ..	12
3.2.	Mittelgarantie durch das Studiumsqualitätsgesetz .....	15
4.	Fazit .....	15
	Literaturhinweise .....	17



## 1. Anlass und Inhalt der vorliegenden Stellungnahme

Seit 2006 haben die staatlichen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, von ihren Studierenden allgemeine Studiengebühren bis zu einer Höhe von 500 Euro pro Semester zu erheben. Bisherige rechtliche Grundlage ist das Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz StBAG NRW (Artikel 2 des Gesetzes zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen (HFGG))<sup>1</sup>. Die Landesregierung hat nun am 01.09.2010 einen Entwurf für ein Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen vorgelegt, mit dem die allgemeinen Studiengebühren ab Mai 2011 wieder abgeschafft werden sollen. Gleichzeitig sollen die Landesmittel zur Kompensation des Ausfalls an Gebühreneinnahmen erhöht werden, um zweckgebunden zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium eingesetzt werden zu können. Der Gesetzentwurf gliedert sich in die folgenden Artikel:

- Artikel 1 beinhaltet die Änderung des StBAG in ein Gesetz zur Erhebung von Hochschulabgaben (HAbgG NRW).
- Artikel 2 artikuliert ein neues Gesetz zur Verbesserung der Qualität in Lehre und Studium an nordrhein-westfälischen Hochschulen (Studiumsqualitätsgesetz).
- Artikel 3 behandelt eine Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes.

Zwei Gründe werden für die geplante Abschaffung der Studiengebühren genannt, die inhaltlich nahe beieinander liegen: Zum einen würden Studiengebühren einem emanzipatorischen Bildungsbegriff widersprechen, der niemanden von höherer Bildung ausschließen soll. Zum anderen wird die Abschaffung als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit gesehen, da Studiengebühren eine höhere Bildungsbeteiligung von Studierenden aus einkommensschwachen Herkunftsfamilien verhindern.

Als öffentliches finanziertes Unternehmen und Forschungseinrichtung ist die HIS-Hochschulforschung der Neutralität verpflichtet. Die vorliegende Stellungnahme greift daher keine normative Argumentation auf, sondern orientiert sich maßgeblich an der – durch Studien aus dem eigenen Hause bereitgestellten – aktuellen empirischen Befundlage. Vor diesem Hintergrund gliedert sich die vorliegende Stellungnahme wie folgt:

- In Abschnitt 2 wird zunächst auf die in der Begründung zum Gesetzentwurf der Landesregierung genannten Auswirkungen von allgemeinen Studiengebühren auf das Übergangsverhalten von Studienberechtigten eingegangen. Thematisiert werden im Einzelnen die nach wie vor hohe Selektivität des deutschen Bildungssystems (Abschnitt 2.1, Basis: 19. Sozialerhebung), die Entwicklung der faktischen Studienanfängerzahlen von 2003 bis 2009 (Abschnitt 2.2, Basis: Amtliche Hochschulstatistik), die Bedeutung finanzieller Gründe für Studienverzicht (Abschnitt 2.3, Basis: HIS-Studienberechtigtenpanel) sowie die Rolle von Studiengebühren als unmittelbarem Verzichtgrund (Abschnitt 2.4, Basis: HIS-Studienberechtigtenpanel).

<sup>1</sup> In den einschlägigen Dokumenten ist sowohl von Studiengebühren wie auch von Studienbeiträgen die Rede. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird in der vorliegenden Stellungnahme einheitlich der Begriff Studiengebühren verwendet.

- In Abschnitt 3 wird der Zusammenhang von allgemeinen Studiengebühren und Studienqualität behandelt. Dazu wird zum einen die Entwicklung der Studienqualität aus studentischer Sicht mit empirischen Daten aus dem Studienqualitätsmonitor belegt (Abschnitt 3.1). Zum anderen wird kurz auf die Möglichkeiten und eventuellen Probleme einer Substitution der Mittel aus allgemeinen Studiengebühren durch zweckgebundene Landesmittel eingegangen (Abschnitt 3.2).

Neben Nordrhein-Westfalen werden derzeit noch in vier weiteren Ländern – Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Niedersachsen – Studienbeiträge bzw. -gebühren erhoben. Im Saarland wurden die Studiengebühren zum Sommersemester 2010 wieder abgeschafft, in Hessen bereits zum Wintersemester 2008/09. Im Unterschied zu den Gebührenregelungen der anderen gebührenerhebenden Länder wurde in Nordrhein-Westfalen die Entscheidung, ob und in welcher Höhe Studiengebühren zu zahlen sind, den einzelnen Hochschulen überantwortet. Im Frühjahr 2010 war das Studium an 31 der 36 staatlichen nordrhein-westfälischen Hochschulen<sup>2</sup> gebührenpflichtig, wobei zumeist der maximal mögliche Betrag von 500 Euro je Semester erhoben wurde. Um die Auswirkungen von Studiengebühren besser beurteilen zu können, wird in den meisten empirischen Kontexten dieser Stellungnahme zwischen Ländern mit und ohne Studiengebühren differenziert. Die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen werden immer gesondert ausgewiesen.

Aus Anlass eines entsprechenden Gesetzesantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand bereits im März 2010 im nordrhein-westfälischen Landtag eine Anhörung zu den Auswirkungen von Studiengebühren statt, zu der HIS ebenfalls eine schriftliche Stellungnahme vorgelegt hat (vgl. Jaeger/Heine 2010). Um Redundanzen zu vermeiden, wird in der vorliegenden Stellungnahme teilweise auf die Expertise aus März 2010 Bezug genommen.

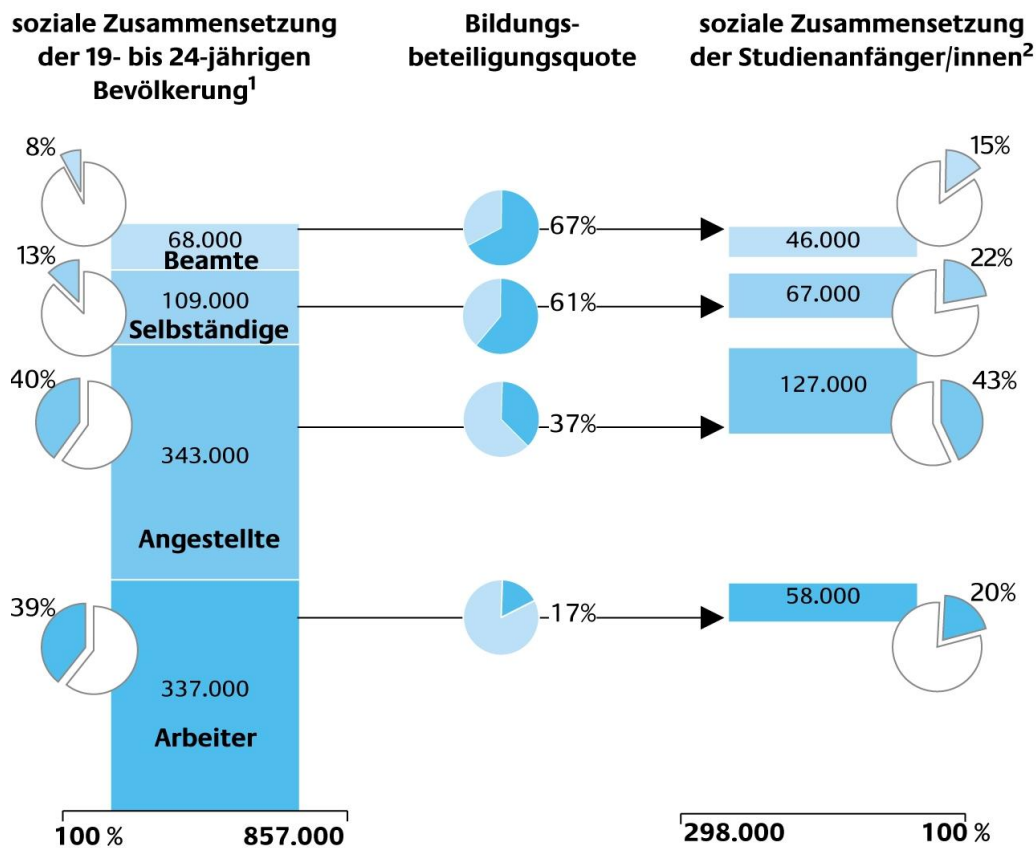
## 2. Auswirkungen von Studiengebühren auf das Übergangsverhalten von Studienberechtigten

### 2.1. Soziale Selektivität im Hochschulzugang

Die im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgetragene Argumentation einer Verschärfung sozialer Auswahlwirkungen durch die Einführung von Studiengebühren geht von der Annahme aus, dass bereits unabhängig von deren Erhebung soziale Selektionseffekte im Bildungssystem vorliegen. Dieser Sachverhalt kann empirisch bestätigt werden: Die einschlägigen HIS-Befragungen (Studienberechtigte, Studienanfänger, Sozialerhebung) weisen seit Jahrzehnten aus, dass die Bildungsbeteiligung deutlich von der sozialen Herkunft – ob erhoben über den beruflichen Status der Eltern oder über den Bildungshintergrund – beeinflusst wird. Wie beispielsweise Abbildung 1 für das Jahr 2007 zeigt, nehmen Kinder aus Beamtenfamilien in 67 % der Fälle ein Studium auf und Kinder von Selbstständigen in 61 % der Fälle (vgl. Isserstedt u. a. 2010). Bei Kindern aus Arbeiterhaushalten liegt dieser Anteil hingegen nur bei 17 %.

---

<sup>2</sup> Ohne die Fachhochschule für Finanzen Nordrhein-Westfalen.

**Abbildung 1: Soziale Selektivität beim Hochschulzugang 2007 (nur Deutsche, absolut und in %)**

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

<sup>1</sup> Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärke der 19- bis 24-jährigen deutschen Bevölkerung in Deutschland) (Werte gerundet)

<sup>2</sup> Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2007/08 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

Quellen: StBA: Bevölkerungszahlen; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertung des Mikrozensus 2002; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2007/08

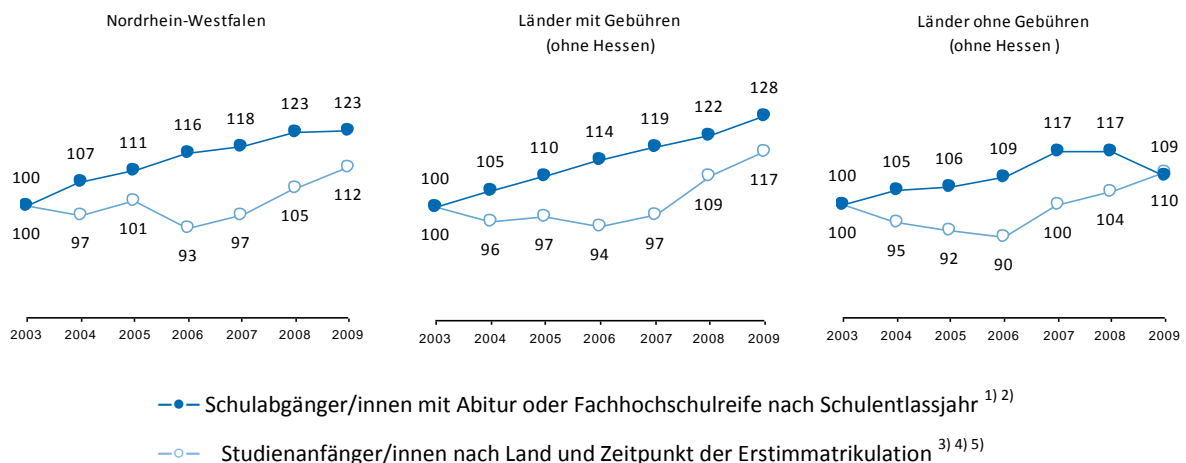
Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen der Erhebung von Studiengebühren stellt sich die Frage, inwieweit diese soziale Selektivität im Hochschulzugang im Kontext der Gebühreneinführung noch zunimmt, indem beispielsweise Studienberechtigte aus bildungsfernen Schichten in höherem Maße durch allgemeine Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden als Schulabgänger/innen aus akademischen Elternhäusern. Angesichts der in den Ländern umgesetzten Maßnahmen zur Sicherung der Sozialverträglichkeit der Studiengebühren erscheint es aber auch möglich, dass solche Effekte nur bedingt auftreten oder völlig ausbleiben. Diese Frage wird in den folgenden Abschnitten untersucht, zum einen anhand der Entwicklung der amtlichen Studienanfängerzahlen seit 2003, zum anderen anhand von Ergebnissen aus dem HIS-Studienberechtigtenpanel.

## 2.2. Entwicklung der Studienanfängerzahlen seit 2003

Mit Blick auf mögliche Verstärkung der sozialen Selektivität im Bildungssystem aufgrund von Studiengebühren stellt sich zunächst die Frage, ob sich überhaupt Hinweise auf abschreckende Wirkungen von Studiengebühren identifizieren lassen. Hierzu wird im Folgenden die Entwicklung der Studienanfängerzahlen insgesamt für den Zeitraum seit 2003 betrachtet, und zwar für Nordrhein-Westfalen, für die Gruppe der gebührenerhebenden Länder insgesamt (einschließlich Nordrhein-Westfalen) sowie für die Gruppe der gebührenfreien Länder.<sup>3</sup> Trifft die Vermutung zu, dass studierwillige Personen durch die Einführung von Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgehalten werden, sollte sich dies in einer unterschiedlichen Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Ländern mit und ohne Studiengebühren bemerkbar machen.

Festzustellen ist, dass die Zahl der Studienanfänger bei kontinuierlich steigenden Studienberechtigtenzahlen seit 2003 zunächst zurückgegangen ist, und zwar sowohl in Nordrhein-Westfalen wie auch in den beiden Ländergruppen mit und ohne Studiengebühren (vgl. Abbildung 2). 2006 – und damit in dem Jahr, in welchem in Niedersachsen und Nordrhein-

**Abbildung 2: Studienanfänger/innen und Schulabgänger/innen im Zeitverlauf: Nordrhein-Westfalen sowie Bundesländer mit und ohne Studiengebühren (Index, 2003 = 100)**



<sup>1)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 11, Reihen 1 und 2

<sup>2)</sup> In Sachsen Anhalt 2007 sowie in Mecklenburg-Vorpommern 2008 und im Saarland 2009 doppelte Abiturjahrgänge

<sup>3)</sup> Hochschulen insg. ohne Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien; Angabe in Studienjahren

<sup>4)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt; Hauptberichte

<sup>5)</sup> Deutsche Studienanfänger/innen und Bildungsinländer/innen; 2009 wurde für die Zahl der Bildungsinländer/innen das arithmetische Mittel aus den Jahren 2003 bis 2008 verwendet.

<sup>3</sup> Hessen ist in keine dieser Gruppen einbezogen, da das Land aufgrund der Abschaffung von Studiengebühren zum WS 2008/09 nicht klar zuzuordnen ist.



Westfalen erstmals Studiengebühren erhoben wurden – wurde ein Tiefpunkt erreicht. Dies gilt in besonderem Maße für Nordrhein-Westfalen, wo die Zahl der Studienanfänger/innen von 2005 auf 2006 um acht Prozentpunkte gesunken ist.

Seit 2007 ist hingegen eine Trendumkehr in Form deutlich ansteigender Studienanfängerzahlen festzustellen, wiederum sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in den beiden Ländergruppen mit und ohne Studiengebühren. Dieser Anstieg fällt zwar in Nordrhein-Westfalen sowie in der Gruppe der gebührenerhebenden Ländern insgesamt für 2007 – in diesem Jahr wurden in weiteren Ländern Studiengebühren eingeführt – zunächst geringer aus als in der Gruppe der gebührenfreien Länder, im Folgejahr ist dieser Unterschied aber nicht mehr zu beobachten. Der deutliche Anstieg der Studienanfängerzahlen in der Gruppe der gebührenerhebenden Länder in den Jahren 2008 und 2009 ist zum Teil allerdings auch darin begründet, dass ab 2008 die Studienanfänger der vormaligen Berufsakademien in Baden-Württemberg in die Statistik einbezogen werden. Auf diese Personengruppe entfällt ab 2008 ein Anteil von etwa 5 % Indexpunkten der für die Gebührenländer ausgewiesenen Indexwerte.

Auf Basis der Studienanfängerzahlen lassen sich mithin für Nordrhein-Westfalen nur bedingt Hinweise auf eine – ggf. sozial selektive – abschreckende Wirkung von Studiengebühren auf studienberechtigte Schulabgänger/innen ableiten: Auch wenn der starke Rückgang der Studienanfängerzahlen von 2005 auf 2006 bei gleichzeitig steigenden Studienberechtigtenzahlen teilweise auf Abschreckungseffekte durch die 2006 eingeführten Studiengebühren zurückzuführen sein sollte, wurde dieser Einbruch bei der Studierneigung durch den Anstieg der Anfängerzahlen in den Folgejahren mehr als ausgeglichen. Zudem zeigen sich beide Trends – Abnahme der Anfängerzahlen bis 2006, deutlicher Anstieg seit 2007 – in gebührenerhebenden wie gebührenfreien Ländern gleichermaßen. Bemerkenswert ist für 2009 allerdings die Angleichung des Verhältnisses von Studienberechtigten- und Studienanfängerdaten an das Niveau von 2003, die nur in den Ländern ohne Studiengebühren zu beobachten ist. Diese Angleichung ist teilweise demografisch bedingt, ist vermutlich aber auch Ausdruck einer zunehmenden Studierneigung. Ob dieser Trend auch in Nordrhein-Westfalen stattfinden wird, kann im Augenblick noch nicht abschließend beurteilt werden. Aufschluss hierüber gibt die Entwicklung der Brutto-Studierquote, die einen von der demografischen Entwicklung unabhängigen Indikator der Studierneigung darstellt:<sup>4</sup> Sowohl für die nordrhein-westfälischen Schulabgänger/innen des Jahrgangs 2006 als auch für diejenigen des Jahrgangs 2008 ist die Brutto-Studierquote – also der Anteil der Studienberechtigten, die ein halbes Jahr nach Schulabgang entweder ein Studium unmittelbar aufgenommen haben oder dies „fest“ für die nahe Zukunft planen – allerdings rückläufig (2004: 72 %; 2006: 67 %; 2008: 65 %; tabellarisch nicht ausgewiesen). Bundesweit ist sie hingegen zumindest 2008 angestiegen (2004: 71 %; 2006: 68 %; 2008: 72 %).

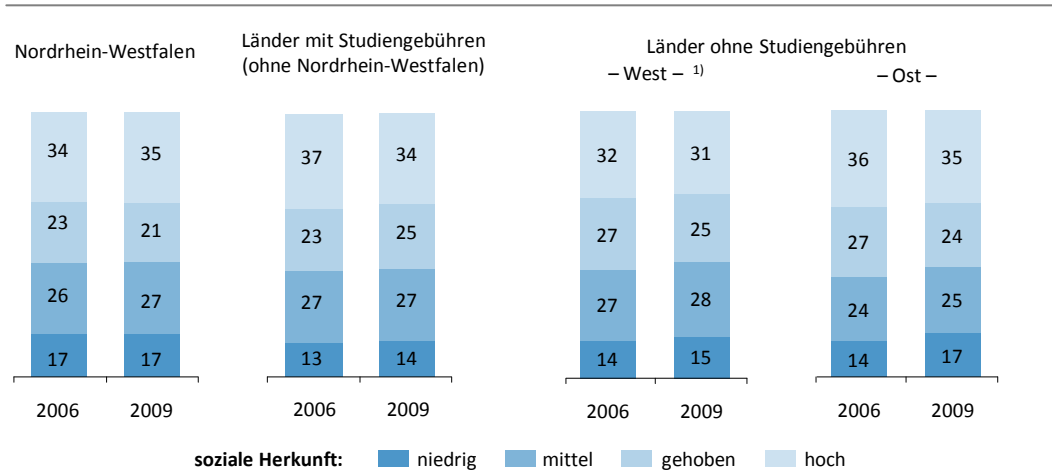
<sup>4</sup> Die Brutto-Studierquote wird auf Basis der HIS-Studienberechtigtenbefragungen ermittelt. Sie wird definiert als der Anteil all jener Hochschulzugangsberechtigten eines Jahrgangs, die ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule aufnehmen (werden). 2008 wird dabei erstmals auch die Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) aufgrund des neu erlangten Hochschulstatus berücksichtigt. Exklusive DHBW beläuft sich die Studierquote 2008 bundesweit auf 69 %.

Eine getrennte Betrachtung und Analyse der Studienanfänger/innen mit Blick auf soziale Herkunft ist auf Basis der amtlichen Studienanfängerzahlen nicht möglich. Implikationen hierzu erlauben jedoch einerseits – bezogen auf den familiären Bildungshintergrund – die bereits erwähnte Studierquote und zum anderen – mit Blick auf den beruflichen Status der Eltern – die Daten der Sozialerhebung:

- Sowohl bei den nordrhein-westfälischen Studienberechtigten wie auch bei denjenigen bundesweit fällt die Studierquote unter den Studienberechtigten aus akademischen Elternhäusern höher aus als unter denjenigen aus nicht akademischen Elternhäusern. In Nordrhein-Westfalen haben diese Disparitäten von 2006 auf 2008 tendenziell zugenommen: Während die Studierquote der Akademikerkinder konstant geblieben ist (2006 u. 2008 jeweils 74 %), ist die Quote der Schulabsolvent/inn/en aus nicht-akademischem Elternhaus leicht rückläufig (2006: 59 %; 2008: 57 %). Im Unterschied hierzu ist bundesweit eine gegenläufige Entwicklung festzustellen: Gegenüber dem Jahrgang 2006 ist die bundesweite Studierquote der Studienberechtigten aus akademischem Elternhaus zwar um 3 Prozentpunkte angestiegen (2006: 75 %; 2008: 78 %), allerdings hat die Quote der Studienberechtigten aus nicht-akademischem Elternhaus mit einem Anstieg von 6 Prozentpunkten noch stärker zugelegt (2006: 59 %; 2008: 65 %), so dass sich die herkunftsspezifischen Unterschiede bundesweit entsprechend verringert haben.
- Abbildung 3 weist die Zusammensetzung der Studierenden im 1.-6. Hochschulsesemester nach sozialer Herkunft aus, und zwar für Nordrhein-Westfalen, für die Länder mit Studiengebühren (ohne Nordrhein-Westfalen) und für die Länder ohne Studiengebühren Ost und West. In Nordrhein-Westfalen und der Gruppe der weiteren gebührenpflichtigen Länder ist im Gesamtblick von 2006 auf 2009 keine deutliche Veränderung zu beobachten: Die relativen Anteile der beiden höheren und der beiden niedrigeren Herkunftsgruppen bleiben in ihrer Relation ungefähr gleich. In den Ländergruppen ohne Studiengebühren ist von 2006 auf 2009 hingegen jeweils eine deutliche Zunahme der Anteile der beiden unteren sozialen Herkunftsgruppen sowie eine entsprechende Abnahme der beiden höheren sozialen Herkunftsgruppen zu konstatieren. Dieses Ergebnis lässt sich als Anzeichen für einen allgemein feststellbaren Trend zu einer Verringerung der sozialen Selektivität im Zugang zur Hochschulbildung interpretieren, der allerdings in den gebührenpflichtigen Ländern etwas abgebrems wird.

Insgesamt ist damit zu konstatieren, dass sich auf Ebene der amtlichen Daten zwar keine Hinweise auf generelle Abschreckungseffekte finden lassen. Sofern diese Effekte auftreten, werden sie offenbar durch die Wirkungen anderer Faktoren – etwa die doppelten Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern oder die Studienstrukturreform – überlagert. Auf Ebene der Brutto-Studierquoten sowie der Ergebnisse der Sozialerhebungen lassen sich aber Hinweise auf herkunftsspezifische Effekte ableiten, die möglicherweise im Zusammenhang mit der Erhebung von Studiengebühren zu sehen sind. Weiteren Aufschluss können an dieser Stelle nur Befunde aus Befragungen der studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern zur Auswirkung von Studiengebühren auf ihre Studienpläne geben, die in den folgenden Abschnitten vorgetragen werden.

**Abbildung 3: Soziale Herkunftsgruppen 2006-2009**  
(Studierende im 1.-6. Hochschulse semester, in %)



<sup>1)</sup> einschließlich Hessen

DWS/HIS 19. Sozialerhebung

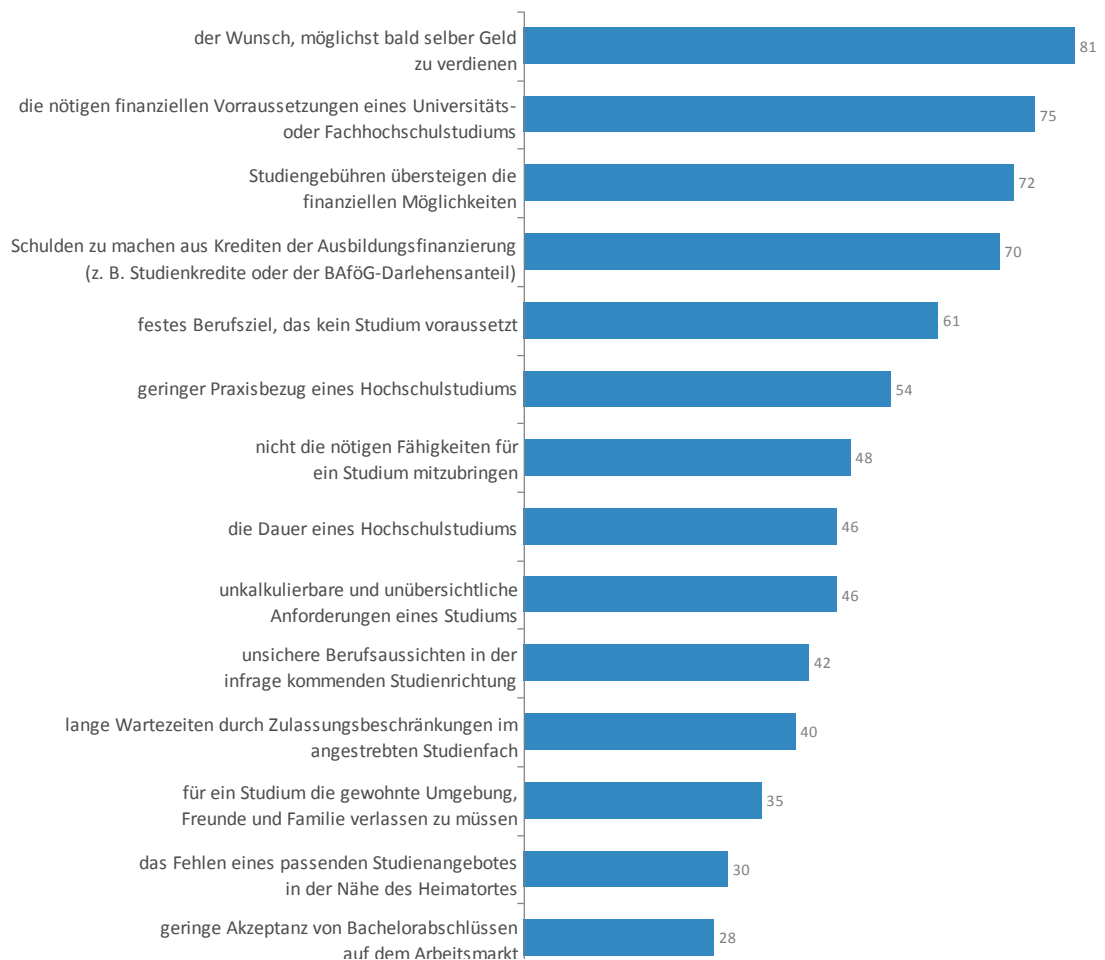
### 2.3. Bedeutung finanzieller Gründe für Studienverzicht

Bei der Entscheidung für oder gegen eine Studienaufnahme können unterschiedliche Hinderungsgründe zum Tragen kommen, die dazu führen, dass die mit der Hochschulreife erworbene Studienoption nicht realisiert wird (vgl. Heine/Quast/Beuße 2010, S. 36ff.). Im Folgenden wird insbesondere die Bedeutung finanzieller Verzichtsründe thematisiert, und zwar auf Basis des HIS-Studienberechtigtenpanels. Die Befunde geben dabei die Sicht der nordrhein-westfälischen Studienberechtigten 2008 wieder, welche die Aufnahme eines Hochschulstudiums ein halbes Jahr nach Schulabgang gänzlich ausschließen. Diese Gruppe macht einen Anteil von 28 % der nordrhein-westfälischen Studienberechtigten 2008 aus. Während zum Zeitpunkt der HIS-Stellungnahme von März 2010 (vgl. Jaeger/Heine 2010) nur die Ergebnisse der Befragung der Studienberechtigten 2006 ein halbes Jahr nach Schulabgang vorlagen, kann mittlerweile auf aktuellere Daten aus der Befragung des Jahrgangs 2008 ein halbes Jahr nach Schulabgang zurückgegriffen werden. Aufgrund von Modifikationen an dem beim Jahrgang 2008 eingesetzten Erhebungsinstrumentarium ist ein Zeitvergleich mit früheren Kohorten nur eingeschränkt möglich und wird hier daher nicht vorgenommen.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Für die zweite Befragung der Studienberechtigten 2008 wurde die noch bis 2006 eingesetzte Frage zu den Studienverzichtsründen deutlich modifiziert. In den vorherigen Befragungen sollten Studienberechtigte ohne Studienabsicht mittels eines Mehrfachantwortensets die Gründe für ihren Verzicht nennen. In der neuen Fassung der Studienverzichtsrunde geben die Befragten darüber Auskunft, wie „stark“ aus ihrer persönlichen Sicht verschiedene Aspekte gegen die Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule oder Universität sprechen. Die Befragten geben dabei für jedes der vierzehn Items eine Einschätzung ab. Durch die vorgenommenen Neuerungen kann ermittelt werden, wie bedeutend ein Studienverzichtsrund in Relation zu den übrigen Gründen ist.

Um die Studienverzichtsründe in ihrer ganzen Breite zu erfassen, wurden die Schulabgänger/innen 2008 gebeten, für 14 mögliche Studienverzichtsründe – darunter auch Studiengebühren – anzugeben, wie stark der jeweilige Aspekt aus ihrer Sicht allgemein gegen die Aufnahme eines Studiums an einer Universität oder Fachhochschule spricht.<sup>6</sup> Mit Blick auf Abbildung 4 wird deutlich, dass finanzielle Motive unter den Hinderungsgründen für eine mögliche Studienaufnahme an erster Stelle rangieren. So spricht aus Sicht von gut vier Fünftel (81 %) der Studienverzichter/innen aus Nordrhein-Westfalen) der Wunsch, möglichst bald selber Geld zu verdienen, (sehr) stark gegen eine Studienaufnahme. Im Unterschied zu finanziellen Restriktionen im engeren Sinne – etwa allgemein fehlende finanzielle Voraussetzungen – kommt hier die hohe Attraktivität einer zügig erreichbaren finanziellen Unabhängigkeit durch die Entlohnung während einer beruflichen Ausbildung oder einer Erwerbstätigkeit zum Ausdruck.

**Abbildung 4: Aspekte, die aus Sicht der nordrhein-westfälischen Studienberechtigten ohne Studienabsichten (sehr) stark gegen die Aufnahme eines Hochschulstudiums sprechen (in % der auf ein Studium verzichtenden Studienberechtigten 2008)**



HIS-Studienberechtigtenbefragung

<sup>1)</sup> Werte 1 + 2 einer 5-stufigen Skala von 1 = "sehr stark" bis 5 = "überhaupt nicht"; nur Studienberechtigte die noch kein Studium begonnen haben und dies auch für die Zukunft ausschließen.

<sup>6</sup> Erhoben auf einer 5-stufigen Skala von 1 = „sehr stark“ bis 5 = „überhaupt nicht“.

Allerdings spielen auch die restriktiven finanziellen Aspekte – also die Gründe, die auf eine Verhinderung eines eigentlich gewünschten Hochschulstudiums hinauslaufen – eine (sehr) große Rolle und werden häufiger genannt als sämtliche nicht-finanziellen Motive. So sehen drei Viertel der definitiven Studienverzichter/innen aus Nordrhein-Westfalen in den „nötigen finanziellen Voraussetzungen eines Universitäts- oder Fachhochschulstudiums“ einen (sehr) starken Grund für die Nicht-Aufnahme eines Studiums. Für 72 % der auf ein Hochschulstudium verzichtenden Schulabgänger/innen aus Nordrhein-Westfalen spricht der Aspekt „Studiengebühren übersteigen die finanziellen Möglichkeiten“ allgemein gegen die Aufnahme eines Studiums, für 70 % die Vermeidung von Schulden aufgrund eines Studienkredites oder des BAföG-Darlehensanteils.

**Tabelle 1: Bedeutung finanzieller Aspekte für den Studienverzicht nach Bildungsherkunft (in % der auf ein Studium verzichtenden Studienberechtigten 2008 aus Nordrhein-Westfalen sowie bundesweit)<sup>1)</sup>**

<i>"Wie stark sprechen aus Ihrer Sicht folgende Aspekte gegen die Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule oder Universität?"</i>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>		<b>bundesweit</b>	
	mindestens ein Elternteil ist Akademiker	Eltern sind keine Akademiker	mindestens ein Elternteil ist Akademiker	Eltern sind keine Akademiker
der Wunsch, möglichst bald selber Geld zu verdienen	72	84	75	81
die nötigen finanziellen Voraussetzungen eines Universitäts- oder Fachhochschulstudiums	58	84	71	79
Schulden zu machen aus Krediten der Ausbildungsfinanzierung (z. B. Studienkredite oder der BAföG-Darlehensanteil)	63	74	67	74
Studiengebühren übersteigen die finanziellen Möglichkeiten	58	79	62	73
HIS-Studienberechtigtenbefragung				
<sup>1)</sup> Werte 1 + 2 einer 5-stufigen Skala von 1 = "sehr stark" bis 5 = "überhaupt nicht"; nur Studienberechtigte, die noch kein Studium begonnen haben und dies auch für die Zukunft ausschließen.				

Die Studienverzichter/innen aus nicht akademischen Elternhäusern messen den finanziellen Aspekten erwartungsgemäß eine höhere Relevanz bei als Personen aus Elternhäusern mit akademischem Hintergrund, sowohl bundesweit wie auch in Nordrhein-Westfalen (vgl. Tabelle 1). So bewerten die nordrhein-westfälischen Studienberechtigten 2008 ohne Studienabsichten aus nicht-akademischen Elternhäusern insbesondere die nötigen finanziellen Voraussetzungen für ein Hochschulstudium in höherem Maße als ein Argument, das gegen die Aufnahme eines Studiums spricht, als Schulabgänger/innen aus akademischen Elternhäusern (84 % vs. 58 %). Etwas abgeschwächt gilt dies auch für den Aspekt der die finanziellen Möglichkeiten übersteigenden Studiengebühren (79 % vs. 58 %) sowie für die Vermeidung von Schulden aus Studienkrediten oder dem BAföG-Darlehensanteil (74 % vs. 63 %). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt fallen die herkunftsspezifischen Disparitäten für die finanziellen Verzichtsaspekte in Nordrhein-Westfalen vergleichsweise hoch aus.

Die vorgetragenen Ergebnisse weisen in die Richtung, dass Studiengebühren überwiegend bei denjenigen Studienberechtigten eine Barriere für die Studienaufnahme darstellen, bei denen ohnehin bereits in starkem Ausmaß finanzielle Restriktionen vorliegen. In dieser Weise treten sie kumulativ zu diesen bereits bestehenden Restriktionen hinzu, sodass die bereits vorhandene finanzielle Hürde für den Studienverzicht höher wird. Herkunftsspezifische Unterschiede sind sowohl für Studiengebühren als auch für die übrigen finanziellen Hinderungsgründe zu beobachten.

## 2.4. Studiengebühren als unmittelbarer Verzichtgrund

Auf Basis der von HIS regelmäßig durchgeführten Befragungen von studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern bietet sich die Möglichkeit, empirische Aussagen zu den unmittelbaren Auswirkungen von Studiengebühren auf die jeweils getroffene Studienentscheidung zu treffen. Hierfür wurde eigens ein Erhebungsmodul entwickelt und erstmals bei der Befragung der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 eingesetzt. Da 2006 bereits in zwei Bundesländern – Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – Studiengebühren eingeführt bzw. ermöglicht worden waren, lassen sich aus diesen Daten bereits erste empirisch belastbare Anhaltspunkte zu den Auswirkungen von Studiengebühren auf das Übergangsverhalten der Studienberechtigten gewinnen. Die eigentlich aussagefähigeren Ergebnisse der Befragung der Studienberechtigten des Jahrgangs 2008 sind noch in der Abstimmungsphase mit dem BMBF und können hier noch nicht weitergegeben werden.

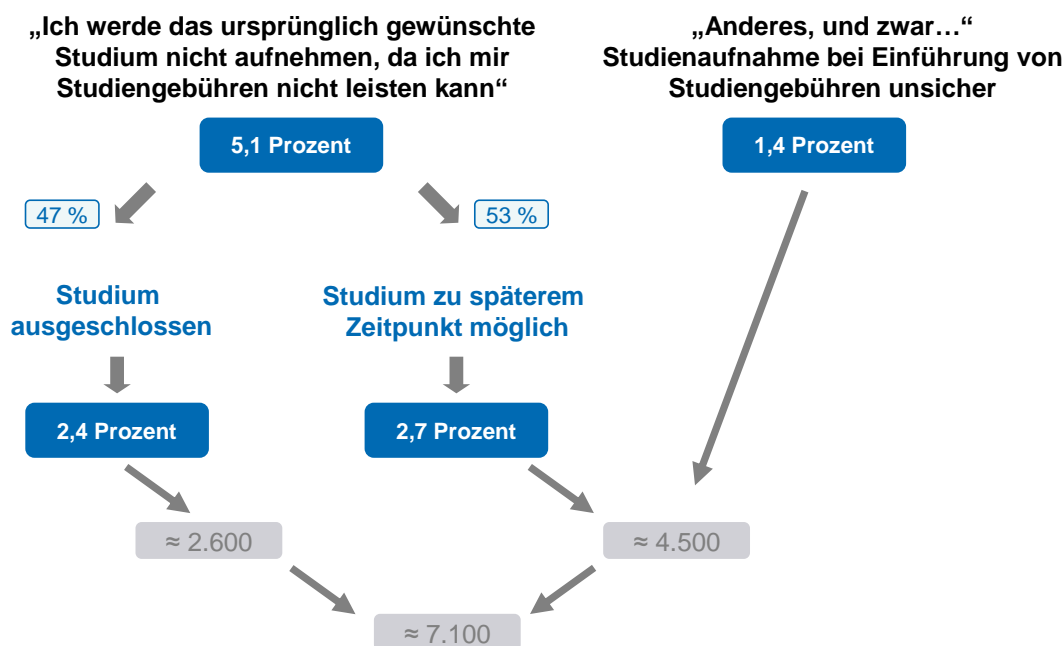
Der Studienberechtigtenbefragung 2006 liegt eine Stichprobe von 5.240 Schulabgänger/innen zugrunde, die ein halbes Jahr nach Erwerb ihrer Hochschulzugangsberechtigung befragt wurden. Mit Blick auf die Relevanz von Studiengebühren für die Entscheidung für oder gegen die Aufnahme eines Studiums sind die folgenden Effekte zu konstatieren (vgl. ausführlicher Heine/Quast/Spangenberg 2008):

- Gut 5 % der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 in Nordrhein-Westfalen geben an, das ursprünglich gewünschte Studium nicht aufzunehmen, da sie sich Studiengebühren nicht leisten können (Abbildung 5). Knapp die Hälfte dieser Studienberechtigten schließt dabei auch für die Zukunft der Möglichkeit einer Studienaufnahme definitiv aus. Zu den genannten gut 5 % der Studienberechtigten kommen weitere 1,4 %, die angegeben haben, sich bei einer Einführung von Studiengebühren hinsichtlich der Aufnahme eines Studiums unsicher zu sein. Damit kann die Zahl der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 in Nordrhein-Westfalen, die nach eigenen Angaben aufgrund von Studiengebühren auf ein Studium verzichten, recht gut eingegrenzt werden: Sie liegt zwischen minimal 2,4 % (eine Studienaufnahme wird definitiv ausgeschlossen) und maximal 6,5 % (ein Studium wird zum Teil noch zu einem späteren Zeitpunkt in Erwägung gezogen). In Absolutzahlen hochgerechnet sind dies zwischen 2.600 und 7.100 der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006, die in Nordrhein-Westfalen ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Bundesweit liegt die Spannweite etwas geringer zwischen 1,4 und 4,4 %. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die nur in einigen Ländern erfolgte Einführung von Studiengebühren bemerkenswerterweise auch unter den Studienberechtigten solcher Länder signifikante Abschreckungseffekte entfaltet hat, in denen die Einführung von Studiengebühren hochschulpolitisch nicht angestrebt und bis heu-

te auch nicht umgesetzt wurde. So haben beispielsweise auch in den ostdeutschen Bundesländern 3 % der Studienberechtigten angegeben, aufgrund der Einführung von Studiengebühren auf die Aufnahme eines Studiums zu verzichten.

- Nordrhein-westfälische Schulabgänger/innen aus Elternhäusern mit nicht-akademischem Hintergrund geben etwas häufiger als Studienberechtigte aus Elternhäusern mit akademischem Bildungshintergrund an, aufgrund der Einführung von Studiengebühren auf ein Hochschulstudium zu verzichten bzw. sich bei einer Einführung von Studiengebühren unsicher zu sein.

**Abbildung 5: Studienverzicht aufgrund von Studiengebühren (Studienberechtigte 2006 NRW ½ Jahr nach Schulabgang)**



Zusammenfassend ist festzuhalten, dass mit einer Zahl von 2.600 bis 7.100 Personen ein nennenswerter Anteil der Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 in Nordrhein-Westfalen angegeben hat, aufgrund der Einführung von Studiengebühren auf die Aufnahme eines Studiums zu verzichten. Allerdings erreicht dieser Anteil nicht die Größenordnung, die in den hochschulpolitisch geführten Debatten teilweise befürchtet wurde. Es überrascht insofern nicht, dass sich auch in der Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Nordrhein-Westfalen wie auch der gebührenerhebenden Länder insgesamt nur bedingt entsprechende Effekte identifizieren lassen. Soweit sie tatsächlich vorliegen, werden sie offensichtlich von anderen Einflussfaktoren überlagert. Sehr deutliche sozial selektive Wirkungen von Studiengebühren können – bezogen auf die Entscheidung für oder gegen ein Studium – anhand der bisher zur Verfügung stehenden Daten für Nordrhein-Westfalen nicht bestätigt werden. Belastbarere Ergebnisse des Jahrgangs 2008 müssen jedoch abgewartet werden, um weitergehende Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass sich sozial selektive Auswirkungen von Studienbeiträgen nicht nur im Sinne eines Studienverzichts, sondern auf andere Weise auf das Übergangsverhalten

von Studienberechtigten auswirken können, etwa in Form eines Trends zur Studienaufnahme an gebührenfreien Hochschulen. Aus Aufwandsgründen wurden entsprechende, gezielt auf Nordrhein-Westfalen abstellende Analysen für die vorliegende Stellungnahme nicht vorgenommen. Die im Rahmen der oben genannten Untersuchung durchgeführten Auswertungen weisen aber darauf hin, dass sich das Wahlverhalten der Studierenden im Kontext der Einführung von Studienbeiträgen nicht wesentlich verändert hat. Anzeichen für einen Trend zur Gebührenflucht – in der Form, dass Studienberechtigte aus gebührenpflichtigen Ländern zur Aufnahme eines Studiums verstärkt in gebührenfreie Länder abwandern – können bisher nicht identifiziert werden. Offensichtlich sind andere Motive für die Wahl der Hochschule – wie etwa die Entsprechung des Studienangebots zu fachlichen Interessen oder die Nähe zum Heimatort – von größerer Bedeutung (vgl. Heine/Willich/Schneider/Sommer 2008).

### 3. Qualitätsverbesserung und Mittelgarantie

#### 3.1. Erreichte Qualitätsverbesserungen durch die Einführung von Studiengebühren

Wie in anderen gebührenerhebenden Ländern gehörte auch in Nordrhein-Westfalen die Verbesserung der Lehrqualität zu den primären hochschulpolitischen Zielen, die mit der Einführung von Studiengebühren verfolgt wurden (vgl. z. B. Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen 2006). Entsprechende qualitätsfördernde Effekte sind dabei insbesondere dadurch zu erwarten, dass die Hochschulen zusätzliche Mittel für die Lehre einsetzen können, etwa für die Verbesserung der Ausstattung. Zudem wird vielfach argumentiert, dass durch Studiengebühren wettbewerbliche Anzeizeffekte entfaltet werden. Gemäß dieser Erwartung könnten Hochschulen, denen es in überdurchschnittlichem Maße gelingt, mithilfe der Einnahmen aus Studiengebühren die Lehrbedingungen zu verbessern, ihre Attraktivität für Studienberechtigte steigern und für die Zukunft folglich mit steigenden Studierendenzahlen und besserer Auslastung rechnen.

Wie bereits in der Stellungnahme aus März 2010 ausgeführt, lassen sich empirische Hinweise dafür identifizieren, dass eine solche Qualitätsverbesserung an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen tatsächlich erreicht werden konnte. Basis hierfür ist der Studienqualitätsmonitor (SQM), den die HIS GmbH seit 2007 zusammen mit der AG Hochschulforschung der Universität Konstanz durchführt. Es handelt sich dabei um eine bundesweit repräsentative Online-Erhebung der Studierendensicht auf Studienqualität, die jährlich im Frühjahr durchgeführt wird. Zu methodischen Einzelheiten zu diesem Erhebungsinstrument sei auf die HIS-Stellungnahme vom März 2010 verwiesen (vgl. Jaeger/Heine 2010; siehe auch Bargel/Müßig-Trapp/Willige 2008, Heine/Willich/Schneider/Sommer 2009).

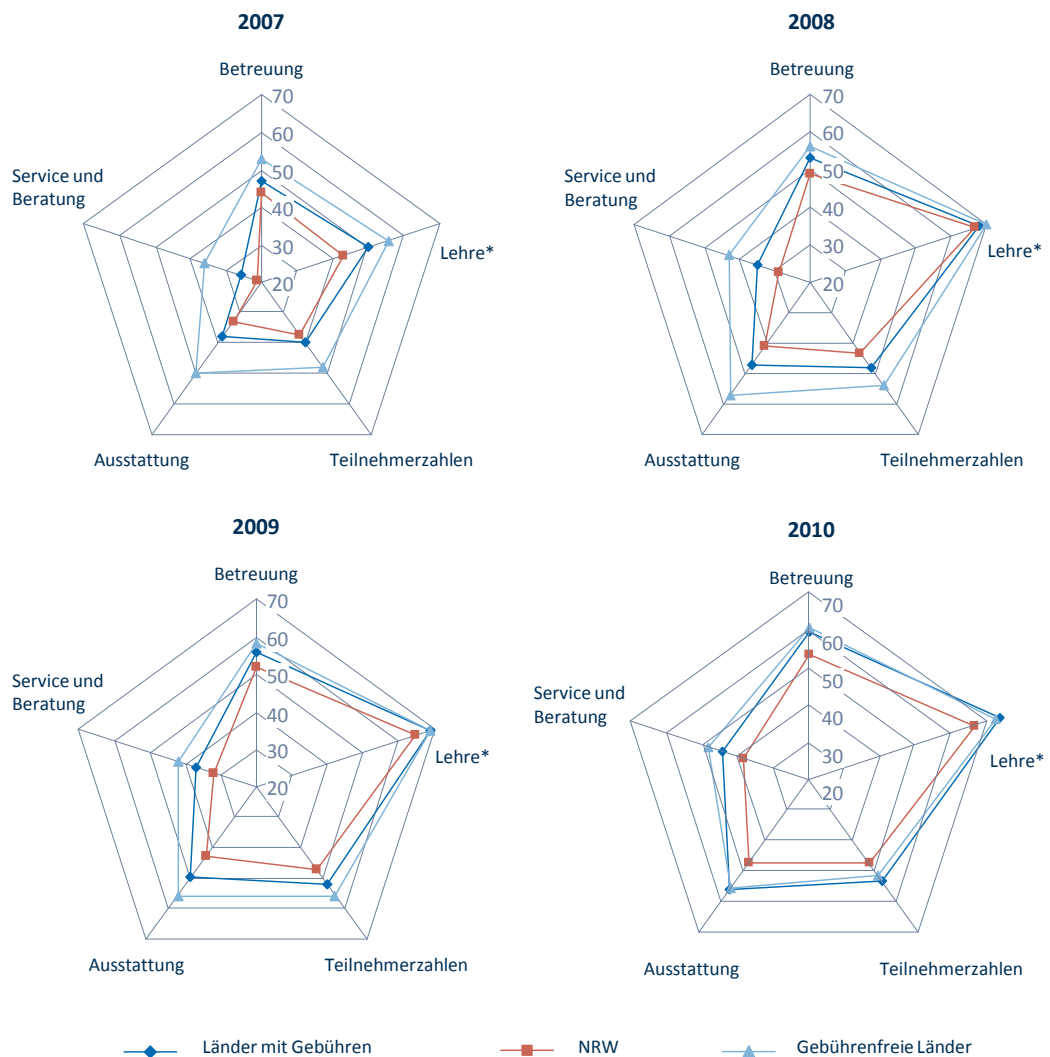
Abbildung 6 gibt die Ergebnisse für einen Ausschnitt der betrachteten Qualitätsdimensionen für die Jahre 2007 bis 2010 wieder, und zwar für Nordrhein-Westfalen, für die gebührenerhebenden Länder insgesamt (einschließlich Nordrhein-Westfalen) sowie für die gebührenfreien Länder. Folgende Ergebnisse sind hervorzuheben:



- Die Studierenden an nordrhein-westfälischen Hochschulen bewerten insbesondere die Betreuung und die Lehrqualität an ihrer Hochschule positiv. Jeweils mehr als 50 % sind 2010 damit zufrieden oder sehr zufrieden. Verbesserungsbedarf sehen die Studierenden hingegen noch bei den Service- und Beratungsleistungen der Hochschule: Nur 38 % äußern sich hier zufrieden oder sehr zufrieden. Ein ähnliches Ergebnismuster – hohe Zufriedenheit mit der Lehrqualität und der Betreuung, noch Verbesserungspotential im Bereich Service und Beratung – zeigt sich auch für die Gruppe der gebührenerhebenden Länder insgesamt sowie für die Gruppe der gebührenfreien Länder.
- Im Quervergleich fällt auf, dass die Studierenden an Hochschulen in gebührenfreien Ländern beim Aspekt Service/Beratung eine höhere Zufriedenheit mit den Studienbedingungen konstatieren als die Studierenden an Hochschulen aus gebührenerhebenden Ländern. Bei den anderen Beurteilungsdimensionen zeigen sich hingegen nur geringfügige Unterschiede in den Bewertungen zwischen den beiden Ländergruppen. Auffallend ist weiterhin, dass die Studierendenbewertungen an den NRW-Hochschulen über den gesamten Erhebungszeitraum deutlich ungünstiger ausfallen als bei den beiden Vergleichsgruppen. Hier könnten strukturelle Unterschiede, etwa mit Blick auf die durchschnittlichen Hochschulgrößen, eine Rolle spielen.
- Die Zufriedenheit der Studierenden hat im Zeitverlauf deutlich zugenommen. So ist der Anteil der Studierenden an NRW-Hochschulen, die mit den Teilnehmerzahlen und mit der Ausstattung an ihrer Hochschule zufrieden oder sehr zufrieden sind, von 2007 auf 2010 um 9 bzw. 13 Prozentpunkte gestiegen. Ähnliche Zuwächse zeigen sich auch in den beiden betrachteten Ländergruppen mit und ohne Studiengebühren. Diese Entwicklung muss allerdings zunächst vor dem Hintergrund eines auch in anderen Untersuchungen nachweisbaren Trends gesehen werden, demgemäß sich die Studienqualität im Spiegel studentischer Wahrnehmung in den vergangenen zwei Jahrzehnten kontinuierlich verbessert hat. Neben der Möglichkeit tatsächlich erreichter Verbesserungen der Studienbedingungen müssen hier auch Antworteffekte in Betracht gezogen werden (vgl. Jaeger/Willige 2009).
- Im Vergleich der Entwicklungstrends zwischen gebührenerhebenden und gebührenfreien Ländern ist festzustellen, dass die Zufriedenheit der Studierenden in den gebührenpflichtigen Ländern von 2007 auf 2010 stärker zugenommen hat als diejenige der Studierenden aus gebührenfreien Hochschulen. Dies gilt insbesondere für den Aspekt Ausstattung: In den gebührenerhebenden Ländern haben sich die Bewertungen hier um 14 Prozentpunkte verbessert, in den gebührenfreien Ländern nur um 7 Prozentpunkte. In der Folge sind die Bewertungsunterschiede zwischen den Studierenden aus gebührenfreien und aus gebührenerhebenden Ländern, die 2007 noch deutlich zugunsten der gebührenfreien Länder zu beobachten waren, im Zeitverlauf bis 2010 fast vollständig verschwunden sind (vgl. Abbildung 6). Dies kann als Zeichen dafür interpretiert werden, dass es den Hochschulen in den gebührenpflichtigen Ländern gelungen ist, ursprünglich bestehende strukturelle Vorteile der Hochschulen aus den gebührenfreien Ländern (z. B. zumeist günstigere Betreuungsverhältnisse in den Hochschulen der neuen Länder, die sämtlichst zu den gebührenfreien Ländern zählen) zu kompensieren.

**Abbildung 6: Gesamtzufriedenheit Studierender mit den Studienbedingungen: Nordrhein-Westfalen sowie Länder mit und ohne Studiengebühren 2007 bis 2009**

Werte 4+5 „(sehr) zufrieden“ einer fünfstufigen Skala zusammengefasst, in %



\* Aufgrund unterschiedlicher Erhebung 2007 („Lehrangebot“) und 2008/2009 („Fachliche Qualität der Lehrveranstaltungen“) kein unmittelbarer Vergleich möglich.

Festzuhalten ist damit, dass die empirische Befundlage belastbare Hinweise darauf gibt, dass mit den Einnahmen aus Studiengebühren eine Verbesserung der Lehrqualität aus Studierendensicht erreicht werden konnte. Mit Blick auf den – auch in den gebührenfreien Ländern festzustellenden – allgemeinen Trend einer steigenden Studierendenzufriedenheit ist aber anzumerken, dass für diesen Gesamttrend offenbar auch andere Faktoren – möglicherweise die Studienstrukturreform, die Anwendung von Instrumenten der Qualitätssicherung, die Berücksichtigung des Lehrerfolges als Kriterium bei der staatlichen Hochschulfinanzierung etc. – ursächlich sind.

### 3.2. Mittelgarantie durch das Studiumsqualitätsgesetz

Vor dem Hintergrund der – wie in Abschnitt 3.1 ausgeführt – erreichten Verbesserungen der Studienbedingungen sollte dafür Sorge getragen werden, dass den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die Mittel aus Studiengebühren durch die im Gesetzesentwurf vorgesehene Wiederabschaffung der Gebühren nicht verlorengehen. Mit dem Studiumsqualitätsgesetz (vgl. Artikel 2 des Gesetzesentwurfes der Landesregierung) wird den Hochschulen das bisherige Studiengebührenaufkommen kapazitativ neutral garantiert. Das Ziel einer Qualitätsverbesserung von Lehre und Studienbedingungen wird damit weiter verfolgt.

Mit dieser Regelung soll erreicht werden, dass die Hochschulen wie bisher über – in begrenztem Maße – planbare Einnahmen verfügen, die sie zweckgebunden zur Verbesserung der Lehrqualität einsetzen können. Dies könnte für die Hochschulen grundsätzlich sogar einen Vorteil darstellen, da spezifische Risiken wie z. B. dem Ausmaß an Befreiungstatbeständen oder auch eine mögliche Abschaffung oder Einschränkung der Gebührenerhebung seitens der Politik und damit einer schwer kalkulierbaren Minderung der Einnahmen nicht mehr bestehen. Allerdings ist auch dieser Ansatz für die Hochschule nicht ohne Risiko:

- Zum einen können die Hochschulen angesichts der Haushaltssituation der öffentlichen Hand nicht sicher von einer mittelfristigen Verfügbarkeit der Einnahmen ausgehen. Gerade mit Blick auf langjährige Mittelbindungen wie bspw. im Falle der Einrichtung neuer Professuren kann das Studiumsqualitätsgesetz den Hochschulen keine höhere Sicherheit geben als die bisherige Gebührenregelung.
- Ein neues Risiko stellt sich aus Sicht der Hochschulen mit Blick auf die kapazitätsrechtlichen Aspekte des Studiumsqualitätsgesetzes. Zwar ist in Artikel 3 des Gesetzesantrages eine entsprechende Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes vorgesehen, derzufolge Personalstellen und Lehraufträge, die aus ausdrücklich der Verbesserung der Lehre gewidmeten öffentlichen Mitteln finanziert werden, nicht zu einer Erhöhung der Aufnahmekapazität führen sollen. Allerdings ist abzuwarten, ob diese Regelung in der praktischen Rechtsprechung Bestand haben wird. Eine richterliche Entscheidung, dass auch aus solchen Mitteln finanzierte wissenschaftliche Personalstellen bei der Kapazitätsermittlung zu berücksichtigen sind, könnte mit dem Argument begründet werden, dass entsprechende Regelungen anderenfalls grundsätzlich zu einem Unterlaufen des Kapazitätsrechts und damit des Grundrechts auf Berufsfreiheit führen könnten. Wie hoch dieses Risiko ist, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden; es dürfte allerdings seitens der Hochschulen zu einem eher vorsichtigen Umgang mit den zugewiesenen Mitteln führen.

## 4. Fazit

Zusammengefasst ist zum vorliegenden Gesetzesentwurf der Landesregierung sowie zur Begründung dieses Entwurfes wie folgt Stellung zu nehmen:

- Anhand der verfügbaren empirischen Datenlage ist davon auszugehen, dass Studiengebühren einen Einfluss auf das Übergangsverhalten von Studienberechtigten ausüben. Zum einen

gibt ein nennenswerter Teil der Studienberechtigten in Nordrhein-Westfalen an, aufgrund von Studiengebühren von der Aufnahme eines Hochschulstudiums abzusehen. Beim Jahrgang 2006 liegt dieser Anteil in der Größenordnung von 5 %. Zum anderen sehen die auf die Realisierung ihrer Studienoption verzichtenden Studienberechtigten aus Nordrhein-Westfalen in Studiengebühren ein relevantes Motiv für Studienverzicht: 72 % dieses Personenkreises sagen, dass Studiengebühren allgemein gegen die Aufnahme eines Hochschulstudiums sprechen, unter den Personen aus nicht-akademischen Elternhäusern sind es sogar fast vier Fünftel. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Anteile an den Studienberechtigten, die aufgrund von Studiengebühren auf die Aufnahme eines Studiums verzichten, nicht die Größenordnung erreichen, die in den hochschulpolitischen Debatten teilweise befürchtet wurde. Insofern überrascht es auch nicht, dass auf Ebene der amtlichen Studienanfängerzahlen keine Effekte im Sinne eines vorübergehenden oder dauerhaften Rückgangs nachweisbar sind: Eventuelle Wirkungen von Studiengebühren werden, soweit es sie gibt, offenbar durch den Einfluss anderer Faktoren wie etwa der Bolognaform oder doppelter Abiturjahrgänge überdeckt. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass die soziale Zusammensetzung der Studierenden von der Erhebung von Studiengebühren beeinflusst wird: Während sich in den gebührenfreien Ländern ein Trend zur Abnahme der sozialen Selektion beim Hochschulzugang andeutet, ist dieser für die gebührenerhebenden Länder und auch in Nordrhein-Westfalen nicht oder nur sehr abgeschwächt zu beobachten.

- Die Erhebung von Studiengebühren hat sich, bei aller gebotenen Vorsicht der Interpretation, als vorteilhaft für die Entwicklung der Studienqualität aus Sicht der Studierenden erwiesen. Die Ergebnisse des HIS-Studienqualitätsmonitors weisen in die Richtung, dass sich die Lehrqualität in den Gebührenländern stärker zugenommen hat als in den gebührenfreien Ländern. Auch für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sind deutliche Verbesserungen festzustellen. Es ist zu betonen, dass es sich bei der hier erreichten Steigerung nicht um die Schaffung von luxuriöser Lehrbedingungen im Sinne eines „nice to have“ handelt; es besteht vielmehr breiter Konsens darüber, dass Verbesserungen der Lehr- und Studienqualität an den deutschen Hochschulen unbedingt notwendig sind (vgl. z. B. Wissenschaftsrat 2008). Im Falle der angestrebten Wiederabschaffung der Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen ist daher eine finanzielle Kompensation der Hochschulen in Höhe des derzeitigen Gebührenaufkommens zwingend erforderlich. Die mit dem Studiumsqualitätsgesetz vorgesehene Regelung ist insofern als angemessen zu bewerten. Sie führt aber im Vergleich zur Erhebung von Studiengebühren eher noch zu einer Risikosteigerung auf Seiten der Hochschulen: Einerseits können die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen angesichts der allgemeinen Haushaltslage nicht unbedingt davon ausgehen, dass das im Gesetz genannte Mittelvolumen auch zukünftig in dieser Höhe zur Verfügung gestellt werden kann. Nur dann wären Investitionen in Personal im Sinne der Schaffung neuer Professuren aber vertretbar. Zum anderen ergeben sich weitere Risiken aus der kapazitätsrechtlichen Betrachtung, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass eine Finanzierung von Lehraufträgen oder von wissenschaftlichen Personalstellen – trotz einer anderslautenden Regelung im Zulassungsgesetz – zu Kapazitätsaufwuchs führt.

## Literaturhinweise

- Bargel, T./Müßig-Trapp, P./Willige, J. (2008). Studienqualitätsmonitor 2007. Studienqualität und Studiengebühren. HIS:Forum Hochschule Nr. F1/2008. Hannover: Hochschul-Informationssystem GmbH.
- Heine, Ch./Quast, H./Beuße, M. (2010). Studienberechtigte 2008 ein halbes Jahr nach Schulabgang. Übergang in Studium, Beruf und Ausbildung. HIS:Forum Hochschule Nr. F3/2010. Hannover: Hochschul-Informationssystem GmbH.
- Heine, Chr./Quast, H./Spangenberg, H. (2008): Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien. HIS:Forum Hochschule Nr. F15/2008. Hannover: Hochschul-Informationssystem GmbH.
- Heine, Chr./Willich, J./Schneider, H./Sommer, D. (2009). Studienqualität in Ost- und Westdeutschland. Eine Sekundäranalyse des Studienqualitätsmonitors 2008. HIS-Projektbericht. Internet: [http://www.his.de/pdf/24/HIS\\_SQM2008\\_OW\\_fin.pdf](http://www.his.de/pdf/24/HIS_SQM2008_OW_fin.pdf) (Abruf: 15.02.2010).
- Heine, Chr./ Willich, J./Schneider, H./ Sommer, D. (2008). Studienanfänger im Wintersemester 2007/08. Wege zum Studium, Studien- und Hochschulwahl, Situation bei Studienbeginn. HIS: Forum Hochschule 16 | 2008. Hannover: Hochschul-Informationssystem GmbH.
- Isserstedt, W./Middendorff, E./Kandulla, M./Borchert, Leszczensky, M. (2010). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Internet: [http://www.sozialerhebung.de/pdfs/Soz19\\_Haupt\\_Internet\\_A5.pdf](http://www.sozialerhebung.de/pdfs/Soz19_Haupt_Internet_A5.pdf) (Abruf: 19.11.2010).
- Jaeger, M./Heine, Chr. (2010). Auswirkungen von Studiengebühren. Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen am 4. März 2010. Internet: [http://www.his.de/pdf/pub\\_art/23/2010-03-04\\_Stellungnahme\\_Studienbeitraege\\_NRW.pdf](http://www.his.de/pdf/pub_art/23/2010-03-04_Stellungnahme_Studienbeitraege_NRW.pdf) (Abruf: 18.11.2010).
- Jaeger, M./Willige, J. (2009). Führen Studiengebühren zu einer Steigerung der Studienqualität? Empirische Anhaltspunkte aus Studierendensicht. In Hochschul-Informationssystem GmbH (Hg.), Perspektive Studienqualität. Themen und Forschungsergebnisse der HIS-Fachtagung „Studienqualität“ (S. 138-150). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. (2006). Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen. Partnerschaft für bessere Hochschulen. Internet: [http://www.innovation.nrw.de/objekt-pool/download\\_dateien/hochschulen\\_und\\_forschung/broschuereStudienbeitraege.pdf](http://www.innovation.nrw.de/objekt-pool/download_dateien/hochschulen_und_forschung/broschuereStudienbeitraege.pdf) (Abruf: 10.02.2010).
- Wissenschaftsrat (2008). Empfehlungen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium. Internet: [http://www.exzellente-lehre.de/pdf/empfehlungen\\_zur\\_qualitaetsverbesserung\\_von\\_lehre\\_und\\_studium\\_2008.pdf](http://www.exzellente-lehre.de/pdf/empfehlungen_zur_qualitaetsverbesserung_von_lehre_und_studium_2008.pdf) (Abruf: 18.11.2010).